



Frank Sundermann

Mitglied des Landtags Nordrhein-
Westfalen

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-
Fraktion

Rede in der Plenarsitzung am 20.04.2016

Klima schützen – Wertschöpfung der Stahlindustrie erhalten – unnötige und unsinnige Reform des Emissionshandels verhindern

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 16/11674

in Verbindung mit:

Stahlstandort NRW sichern – strategische Industrie für die Wirtschaft von morgen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/11707

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/11765

Beschluss: Der Antrag - Drucksache 16/11707 - wurde nach Beratung einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk - federführend -, an den Ausschuss für Europa und Eine Welt sowie an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen; die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Wie wichtig dieses Thema ist, zeigt nicht zuletzt, dass mittlerweile fast alle Fraktionen einen Antrag dazu vorgelegt haben. Insofern ist es sicherlich sehr gut, es heute hier zu debattieren und uns entsprechend Zeit für die Beratungen in den Fachausschüssen zu nehmen.

Meine Damen und Herren, letzte Woche Montag, am 11. April 2016, haben 17.000 Kolleginnen und Kollegen aus der Stahlindustrie sowie ihre Familien und Freunde in Duisburg für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze demonstriert. Es waren nicht nur Gewerkschafter und die Vertreter der Sozialdemokratie zugegen, auch das Management der Stahlunternehmen und die Industrieverbände waren dort. Sie alle eint das Ziel, einen starken Stahlstandort in Nordrhein-Westfalen zu sichern.

Die nordrhein-westfälische SPD war, ist und bleibt an der Seite derjenigen, die in dieser Industrie ihre Arbeit haben. Der Wohlstand in unserem Land ist ohne die Stahlindustrie nicht denkbar. Wir stellen in Nordrhein-Westfalen jährlich 16 Millionen t Stahl her. Das sind ungefähr 38 % der gesamten Produktion in Deutschland. Ohne Stahl fährt kein Auto, es fährt kein Zug, es dreht sich kein Windrad, und es wird

kein Hochhaus gebaut.

Wenn wir diese Industrie verlieren, verlieren wir wirtschaftliche Leistungskraft, Know-how und gute Arbeit. Ziel der Landespolitik muss es daher sein, den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen zu sichern und bei seiner Modernisierung mitzuhelfen.

Die Stahlindustrie steht aktuell vor allem vor zwei großen Herausforderungen: den Stahlimporten aus China auf der einen Seite und den wachsenden Anforderungen des Klimaschutzes auf der anderen Seite.

Die Volksrepublik China hat im Jahr 2015 ca. 112 Millionen t Stahl exportiert. Im Vergleich dazu liegt die Stahlnachfrage der gesamten EU bei nur ca. 150 Millionen t. Die langsame Konjunktur in China führt nun zu einer zurückgehenden Nachfrage nach Stahl in China selbst, die China nun über verbilligte Exporte auszugleichen versucht. Das zeigt, dass wir es mit einer staatlich subventionierten und gesteuerten Dumpingstrategie zu tun haben.

Die zweite Herausforderung besteht in den steigenden Anforderungen des Klimaschutzes. Wir haben hier die vierte Handelsperiode des europäischen CO₂-Zertifikatehandels, die 2021 starten soll. Die EU-Kommission hat nun für die neuen Handelsregeln erste Vorschläge vorgelegt. Bei der Ausgestaltung des ETS müssen wir aber insbesondere bei der Stahlindustrie darauf achten, dass klimaschonende Modernisierung und nicht klimaschutzschädliche Verlagerung stattfindet.

Um diese Herausforderung zu meistern, setzen wir uns zusammen mit der Landesregierung dafür ein, in Europa faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Stahlindustrie zu erhalten. Besonders effiziente Stahlwerke dürfen nicht durch Zertifikatehandel mit zusätzlichen Kosten belastet werden. Für die Sicherung des Stahlstandortes sind aus unserer Sicht daher fünf konkrete Punkte wichtig.

Erstens. Die Reform des europäischen Zertifikatehandels, kurz ETS, muss so gestaltet werden, dass frühzeitig die Branchen und Unternehmen feststehen, für die Ausnahmeregelungen bestehen. Das heißt, dass die sogenannte Carbon-Leakage-Liste nicht erst 2019, sondern schon 2017 von der EU-Kommission vorgelegt werden muss.

Zweitens. Die Benchmarks für effiziente Anlagen, die den Maßstab für die Modernisierung der Industrie bilden, dürfen nicht einfach pauschal verstärkt werden, sondern müssen auch technisch und wirtschaftlich erreichbar sein.

Drittens. Für Emissionen aus der Verstromung von Restprodukten der Industrie wie den sogenannten Kuppelgasen muss es weiterhin kostenlose CO₂-Zertifikate geben. Wir haben zum Beispiel in Duisburg hochmoderne Anlagen, die sich sonst wirtschaftlich nicht mehr rechnen würden. Wo die Industrie vorbildlich und innovativ eine klimaschonende Produktion etabliert hat, indem sie auch Restprodukte zur Energieerzeugung verwertet, darf sie nicht noch dafür bestraft werden.

Viertens. Die Außenhandelspolitik der EU muss dafür sorgen, dass die künstlich verbilligten Stahlimporte aus China nicht weiterhin den europäischen Markt überschwemmen. Wir wollen einen fairen Welthandel. Unsere Stahlindustrie darf aber nicht die Zeche für chinesische Fehlplanungen und Dumping-Strategien zahlen. Daher werden deutlich schnellere Verfahren zur Festsetzung von EU-Strafzöllen benötigt. Diese müssen hoch genug sein.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Fünftens. Zum Ende dieses Jahres steht eine Neubewertung Chinas im Rahmen der WTO an. Sollte China den Status einer Marktwirtschaft bekommen, werden die Möglichkeiten für Strafzölle und andere Schutzmaßnahmen deutlich geringer. Die EU hat fünf Kriterien festgelegt, wonach ein Staat eine Marktwirtschaft wird. Die Erfüllung dieser Kriterien sollte mit großer Sorgfalt geprüft werden. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unter Führung von Hannelore Kraft weiß bei diesen Fragen Bundesminister Sigmar Gabriel an ihrer Seite.
(Dietmar Brockes [FDP]: Die Umweltministerin!)

Beide haben letzte Woche in Duisburg deutlich gemacht, dass sie mit aller Kraft dafür kämpfen, dass unsere Stahlindustrie eine Zukunft in diesem Land hat.
(Beifall von Michael Hübner [SPD])
Wir unterstützen sie dabei und fordern alle Parteien im Land Nordrhein-Westfalen auf, es ihnen für gute Arbeit, Innovation und für industrielle Leistungskraft gleichzutun. – Glück auf.
(Vereinzelt Beifall von der SPD)